

Antrag Nr. 22-F-63-0012

Grüne, SPD, Linke und Volt

Betreff:

Impfpflicht für Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 25.01.2022 -

Antragstext:

Entsprechend §20a Abs. (5) des Gesetzes zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie ist das Gesundheitsamt berechtigt, Betretungs-/Tätigkeitsverboten gegen Personen, die keinen Impfnachweis vorlegen, auszusprechen. Dies betrifft unter anderem Einrichtungen zur Betreuung und Unterbringung älterer, behinderter oder pflegebedürftiger Menschen. Vom 16.03.22 an gilt die Impfpflicht für Beschäftigte in Gesundheits- und Pflegeberufen.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie hoch ist der Anteil nicht geimpfter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen der Altenpflegehilfe? Bitte um Unterteilung von städtischen und nicht städtischen Einrichtungen.
2. Welche Eskalationspläne liegen für den Fall vor, dass Beschäftigungsverbote ausgesprochen werden oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Infektion mit COVID-19 ausfallen?

Der Magistrat wird weiterhin gebeten zu berichten:

1. Stehen Informationen über die Impfquoten von ambulanten Pflegediensten zur Verfügung?
2. Gibt es Konzepte wie Pflegebedürftige ohne Angehörige im Falle eines Personalausfalles versorgt werden können?

Wiesbaden, 26.01.2022

Simon Rottloff
Fachsprecher SPD

Marie L. Bohn
Fachsprecherin Grüne

Lukas Haker
Fachsprecher Die Linke

Achim Sprengard
Fachsprecher Volt

Juliane Maltner
Fraktionsreferentin SPD

Linda Marschall
Fraktionsreferentin Grüne

Julia Seidel
Fraktionsreferentin Die Linke

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer Volt